

Präsidialansprache von Herrn Christoph Mäder an der Generalversammlung 2010 in Düdingen von SGCI Chemie Pharma Schweiz



Chemie
Pharma
Schweiz

Düdingen, 18.06.2010

Es gilt das gesprochene Wort.

Selbstbewusst die Zukunft gestalten!

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Blick auf die Lage unserer Branche zeigt eine gemischte Bilanz: Einerseits waren die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie auch im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten des Jahres 2010 gesamthaft gesehen relativ erfolgreich. Andererseits sind auch wir betroffen von der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage. Und selbstverständlich können auch wir uns den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Schweiz und im Ausland nicht entziehen. Ich werde deshalb die Lagebeurteilung und meine Einschätzungen zu den Zukunftsaussichten unserer Branche im Folgenden etwas zu differenzieren versuchen.

Zuerst zu den Zahlen: Im Vergleich zum Vorjahr hat unsere Industrie ihre Exporte im Jahr 2009 auf hohem Niveau halten können. Der Anteil unserer Produkte an den Gesamtexporten der Schweiz stieg auf 38 Prozent. Diese eindruckliche Zahl belegt, dass unsere Unternehmen wichtige Motoren der Schweizer Wirtschaft sind und diese in der Krise mittragen.

Gleichzeitig stelle ich fest, dass im vergangenen Jahr in der Politik viele unserer Anliegen entweder zu wenig beachtet oder auf dem Pendenzenberg parkiert wurden. Dies geschieht oft zugunsten von populistisch verwertbaren Scheinthemen, die dazu genutzt werden, Wähler zu gewinnen, anstatt inhaltliche Dialoge zu führen. Und es ist meine Befürchtung, dass dies wohl bis zu den Wahlen 2011 so bleiben wird.

Dadurch akzentuiert sich das Risiko, dass der Wirtschaftsmotor Schweiz ins Stottern kommt. Es fehlen ihm sozusagen die Transmissionsriemen, um seine hohe Leistungsfähigkeit auf die Strasse zu bringen. Erlauben Sie mir, drei Themenbereiche mehr oder weniger willkürlich herauszugreifen, um meine Aussage zu illustrieren:

Erstens: Die Politik hatte im vergangenen Jahr mehrfach Gelegenheit, sich zum Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zu bekennen. Einzelne Geschäfte verliefen dabei erfolgreich, wie etwa die Volksabstimmung über die Forschung am Menschen. Aber zu einem wahren Forschungs- und Innovationsstandort gehört nicht nur Forschung, sondern auch das Interesse und die Akzeptanz gegenüber den Resultaten, die daraus entstehen. Aber genau in diesem Punkt zeigen sich Politik – und mit ihr die Schweizer Öffentlichkeit – mutlos. Die Skepsis gegenüber modernen Technologien ist hoch – die Diskussion konzentriert sich dabei fast ausschliesslich auf die Risiken, nicht aber auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen und die damit verbundenen Chancen. Dies zeigt sich sehr deutlich z.B. in den Gebieten Nanotechnologie oder Gentechnik in der Landwirtschaft.

Daraus folgt ein Zweites: Es darf uns nicht erstaunen, dass unsere Firmen in vielen wissenschaftlich-technischen Bereichen weiterhin nicht genügend hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Inland finden.

Es interessieren sich schlicht zu wenig Jugendliche für eine berufliche Laufbahn in den Naturwissenschaften und der Technik und das hat ganz wesentlich mit der gesellschaftlichen und politischen Positionierung dieser Themen zu tun.

Unsere Branche ist daher weiterhin auf ausländische Fach- und Führungskräfte angewiesen. Im Nachgang zur Minarettinitiative bemühen sich einige Akteure um eine Verschärfung des Ausländerrechts. Die Verknappung der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen für Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürger beeinträchtigt aber die Zukunftsfähigkeit unserer Branche massiv. Ein nicht zu besetzender Arbeitsplatz wandert direkt ins Ausland ab und vernichtet damit Wertschöpfung in der Schweiz. Wir erwarten deshalb von der Politik, dass sie uns hier unbürokratisch unterstützt und uns weiterhin erlaubt, die weltweit besten Fach- und Führungskräfte zu rekrutieren.

Ich möchte als Drittes erwähnen, dass eine funktionierende Energieversorgung zu kompetitiven Preisen für die schweizerische Wirtschaft von existentieller Bedeutung ist. Es ist im zentralen Bereich der Stromversorgung heute schon absehbar, dass die Debatte um den Ersatz von drei Schweizer Kernkraftwerken hitzig und polemisch geführt werden wird. Es wird gewissermassen die ideologische Artillerie bereits in Stellung gebracht; dabei wäre es mehr als nur angezeigt, die Frage nach unserer Stromversorgung seriös, faktenbasiert und zukunftsorientiert zu lösen.

Meine Damen und Herren, unsere in der Schweiz produzierenden Mitgliedfirmen haben es im Jahr 2009 geschafft, auch in einem schwierigen Umfeld kompetitive Produkte für den Weltmarkt zu entwickeln, herzustellen und zu vermarkten. Doch die vorhin erwähnten wirtschaftspolitischen Anliegen sind – wie viele andere auch – wesentlich, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Branche auch in Zukunft zu sichern und den Wohlstand in unserem Land zu mehren.

Wir erwarten von der Politik, dass sie diese Aufgaben gewissenhaft, konsens- und lösungsorientiert angeht. Tut sie dies nicht, gefährdet sie den Wirtschafts- und Wissensstandort Schweiz.

Zustand und Aussichten unserer Branche und der Wirtschaft als Ganzes lassen sich aber nicht nur anhand der Finanzzahlen und der in diesem Land verfolgten Tagespolitik definieren. Obwohl der Schweiz attestiert wird, die Krise – ja eigentlich die Krisen – bisher gut gemeistert zu haben, haben die letzten Jahre politische und gesellschaftliche Spuren hinterlassen.

Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, staatliche Rettungsaktionen für Grossbanken, die Entsendung der deutschen Kavallerie, Diskussionen über gestohlene Bankdaten, der Streit um die Genehmigung des Staatsvertrags mit den USA und nicht zuletzt die sogenannte Abzockerdebatte: sie alle haben das Selbstverständnis der Schweiz in Frage gestellt und das Vertrauen in die Wirtschaft geschmälert. Teilweise ist dieses sogar vollständig erodiert. Die Wirtschaft wird, vereinfacht gesagt, nicht mehr als Lösung gesehen, sondern als Problem.

Doch dies ist nur die eine Seite: Auch das Vertrauen der Wirtschaft in die Fähigkeiten der Politik ist geschwunden. Es mangelt der Politik, nach Ansicht vieler Wirtschafts-Akteure, an strategischem Weitblick, an der Fokussierung auf Wesentliches und an kraftvollem Handeln in schwierigen Situationen. Stattdessen herrscht purer Aktivismus, der nicht Halt macht vor ordnungspolitischen Ungeheuerlichkeiten und willkürlicher Verurteilung der ganzen Wirtschaft für die Fehlleistungen Einzelner.

So sind wir heute an einen Punkt gekommen, wo auch wir in den Unternehmen manchmal nicht mehr wissen, welche Politik morgen in diesem Land gemacht wird. Damit sind weitere wesentliche Standortfaktoren in Gefahr: die Rechtssicherheit, die Verlässlichkeit und Stabilität unserer Wirtschaftsordnung. Also genau die Faktoren, für die unser Land über Jahrzehnte gelobt wurde und aufgrund derer unzählige Unternehmen mit tausenden von Arbeitsplätzen ihren Sitz in der Schweiz haben.

Dieser gegenseitige Vertrauensverlust zwischen Politik und Wirtschaft ist gravierend. Ich bin aber überzeugt, er ist auch nicht unumkehrbar. Unsere Pflicht ist es, unser Haus in Ordnung zu halten und für die Politik dadurch wieder zu einem akzeptierten Partner zu werden. Wir gewinnen Vertrauen nicht zurück, wenn wir uns mit der traditionellen Rollenverteilung und dem bisher Erreichten zufrieden geben. Ob wir wollen oder nicht: Einzig Gewinne zu erzielen, Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu zahlen wird von der Gesellschaft nicht mehr als genügende Legitimation für wirtschaftliches Handeln akzeptiert. Wir müssen wieder überzeugen und zwar mit korrektem, eigenverantwortlichem und an der Gemeinschaft orientiertem Handeln – geleitet auch von Vernunft, Integrität und der Bereitschaft, gesamtwirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch selbstbewusster sein. Wir müssen uns für unsere in schwierigen Zeiten erbrachten Leistungen nicht entschuldigen. Wir müssen uns auch nicht dafür entschuldigen, dass wir Gewinne erzielen. Dass wünschenswerte Profite nicht mit verantwortungsloser Gier gleichzusetzen sind, können und müssen wir vermehrt erklären.

Sich für eine Wirtschaftsordnung einzusetzen, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert, ist ein sich lohnendes Ziel. Nicht nur für uns, sondern für die Schweiz als Ganzes. Wir, als eine der Kernbranchen in der Schweiz, haben diesbezüglich eine wichtige Rolle zu spielen. Setzen wir uns deshalb gemeinsam dafür ein, dass wir unsere Leistungen auch in Zukunft unter optimalen Bedingungen erbringen können. Die Bestrebungen unseres Verbandes, seine Kommunikationsaktivitäten zu verstärken, legen hierfür die Basis. Ich bitte Sie darum, mit Ihren Unternehmen diese Aktivitäten nach Kräften zu unterstützen und zu begleiten.

Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel daran, dass wir wieder ein Partner für die Politik und die Gesellschaft sein können und wollen. Nur so haben wir eine Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und unseren Anliegen das nötige Gehör zu verschaffen. Unser Verband, SGCI Chemie Pharma Schweiz, wird alles daran setzen, um diese Partnerschaft aufzubauen und mit Ihnen auch in schwierigen Zeiten unsere Ziele zu erreichen.

Vielen Dank.